

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Mehr Berlin in Europa – mehr Europa in Berlin (I): Ein Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie: mehr Wirtschaftskompetenz in die Schulen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, verstärkt die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln anzuregen und frühzeitig die unternehmerischen Fähigkeiten und Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen als Schlüsselkompetenz zu fördern.

Neben der in der Rahmenplänen für den Bereich der ökonomischen Bildung vorgesehenen kompetenzorientierten und intensiven Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragestellungen sollen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um das in der Lissabon-Strategie festgelegte Ziel, die Europäische Union bis 2010 zu dem wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wissensgestützten Wirtschaftsraum auszubauen, zu erreichen.

Dafür sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Der Senat soll auf Bundesebene bzw. insbesondere im Rahmen der Kultusministerkonferenz dafür werben, dass

1. das Lern- und Bildungsziel „Entrepreneurship“ (unternehmerische Initiative) als Schlüsselkompetenz für Wachstum, Beschäftigung und Selbstverwirklichung verstanden wird und konkrete Leitlinien zur Umsetzung definiert werden;
2. die Schulbehörden initiativ werden und in den Schulen für die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln werben, indem sie Schulen und Lehrkräften Unterstützung und Anreize für Aktionen und spezielle Programme bieten, die die Fähigkeit des Einzelnen gezielt fördern;
3. im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Lehrern verstärkt auf die Vermittlung von Methoden zur Entwicklung und Entfaltung von Kreativität, Innovations- und Risikobereitschaft sowie die Vermittlung von Grundkenntnissen des Projektmanagements Wert gelegt wird.

In Berlin soll der Senat dabei im Einzelnen anregen und mit geeigneten Mitteln unterstützen, dass

4. das unternehmerische Denken und Handeln von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Form von Kreativität und Eigeninitiative entwickelt und über das Wissen über Arbeitswelt und Unternehmen hinaus auch durch Berührungspunkte mit der Arbeitswelt gefördert wird; hier sollten insbeson-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

dere entsprechende geeignete Programme und Erfahrungen aus dem europäischen Raum herangezogen werden, die den Lehrkräften neue Herangehensweisen an die Thematik eröffnen.

5. Schülerinnen und Schülern des Sekundarbereichs für Selbständigkeit und Unternehmertum als berufliche Perspektive sensibilisiert, motiviert und unterstützt werden, um in selbst gegründeten Schülerfirmen eigene Erfahrungen zu machen;
6. die Schulen in eigenem Ermessen jährliche Wirtschaftstage zum Kennen lernen und Wissenstransfer einführen;
7. die Unternehmen zur engen Zusammenarbeit mit den Schulen aufgefordert werden, um Schülerinnen und Schülern vor Ort vertiefte Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge näher zu bringen.

Bei all diesen Maßnahmen sind die Initiativen und Programme anderer Bundesländer und insbesondere der 26 Mitgliedstaaten der EU zur Umsetzung der Lissabon-Strategie dahingehend zu überprüfen, ob und in welcher Form diese in Berlin angewandt werden können.

Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus zum 30. Juni 2009 über den Stand der Umsetzung.

Begründung:

Mit der Lissabon-Strategie haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im März 2000 auf eine grundlegende Modernisierung Europas geeinigt. Mit dieser Strategie soll nach der umfassenden Präzisierung im Jahr 2005 nunmehr dem – gegenwärtig mehr denn je spürbaren – ökonomischen Abwärtstrend entgegengewirkt werden, indem die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt wird. Entsprechend sollen bis 2010 elementare Bereiche reformiert werden, um „im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt sein“. Die Implementierung der Lissabon Strategie auf nationaler und regionaler Ebene verlangt allerdings nach ganzheitlichen Ansätzen und innovativen Maßnahmen, die an unterschiedlichen Stellen ansetzen müssen. Auf diese Weise lassen sich veraltete Einstellungen und Verhaltensmuster ablegen und gleichzeitig Bestandteile der Wissensgesellschaft und der Wettbewerbsausrichtung implementieren.

Für kaum einen Bereich trifft die Notwendigkeit der Veränderung mehr zu als auf das Bildungssystem. So wurde bisher versäumt, Kindern und Jugendlichen unternehmerisches Denken und Handeln näher zu bringen bzw. deren unternehmerische Aufgeschlossenheit gezielt zu fördern – im Gegenteil: viele Schulbücher vermitteln nach wie vor ein pessimistisches bzw. negatives Bild von Unternehmen und marktwirtschaftlichen Strukturen. Aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Krisen werden u.a. auch in Schulen dazu genutzt, um in einer Generalabrechnung mit der Marktwirtschaft mehr staatliche Interventionen oder gar die vermeintlichen Vorzüge der Planwirtschaft zu preisen. Die Höhe von Managergehältern wird als Kriterium für die Auswüchse der Marktwirtschaft erörtert, ohne deren soziale Dimension sachlich darzustellen.

Durch die schwerpunktmäßige Beschäftigung und Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragestellungen im Rahmen des Unterrichts können Schüler unabhängig vom politischen Richtungstreit marktwirtschaftliche Bestandteile wie z.B. das Funktionieren von Betrieben kennen lernen und durch Aktionen und Projekte eigenständig Potenziale und Grenzen bzw. Erfolge und Verluste bewerten lernen. Erfahrungen in Ländern wie Polen, Luxemburg, Österreich oder Irland zeigen, dass eine frühzeitige Thematisierung von Unternehmertum das Interesse der Kinder und Jugendlichen an wirtschaftlichen Aktivitäten in der Primar- und Sekundarstufe enorm fördern kann. Laut einer Eurobarometer-Umfrage wünschen etwa die Hälfte der befragten Kinder und Jugendliche eine spätere unternehmerische Betätigung – Schulen

müssen diesen Wünschen stärker entsprechen und frühzeitig auf die Nachfrage reagieren bzw. diese anregen können. Ähnliche Forderungen werden auch von Seiten der Wirtschaft laut: 80% der Befragten einer Studie des Bankenverbandes fordern, dass im Unterricht das Thema Wirtschaft intensiver behandelt und als Bildungsziel verankert wird.

Durch einen entsprechenden Beitrag des Bildungssystems ließe sich der in der EU nach wie vor konstatierbare Mangel an Unternehmensgründungen mittel- bis langfristig kompensieren und könnte gleichzeitig ein entscheidender Beitrag zur Realisierung der Lissabon-Strategie geleistet werden. Grundkenntnisse von volks- oder betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen fördern nicht nur Entscheidungsfreude sondern auch die Kreativität und das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler. Nicht zuletzt lassen sich so eklatante Bildungslücken im Bereich ökonomische Bildung schließen, die in der Vergangenheit zu miserablen Ergebnissen bei Befragungen von Kindern und Jugendlichen oder bei Benchmarks wie beispielsweise der Pisa-Studie geführt haben.

Konkret soll der Senat dafür Sorge tragen, dass ökonomische Bildung im Sinne von Unternehmertum und Förderung unternehmerischer Initiative systematisch in Berliner Schulen gestärkt wird und entsprechende Berücksichtigung im Rahmen von geeigneten altersadäquaten Programmen findet. Zur Erreichung dieses Ziels sind folgende Schritte zu berücksichtigen und zu befolgen:

Erstens soll sich der Senat auf Bundesebene bzw. im Austausch mit anderen Bundesländern dafür stark machen, dass Entrepreneurship, verstanden als innovatives Unternehmertum, als Lern- und Bildungsziel umgesetzt wird. Auf dem nationalen Bildungsgipfel im Oktober 2008 in Dresden wurden bereits erste Ansätze dieser Schlüsselkompetenz für Wachstum, Beschäftigung und Selbstverwirklichung diskutiert, die es nunmehr im Rahmen konkreter Leitlinien auszufüllen gilt.

Zweitens sollen insbesondere die Schulbehörden Fürsprecher für die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln werden. So sind von Seiten der Behörden Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, indem beispielsweise konkrete Programme etabliert oder Interessierten Unterstützung und Anreize für Veranstaltungen angeboten werden.

Ebenfalls im Austausch mit Bund-Ländergremien ist von Senatsseite drittens dafür zu sorgen, dass bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrern gezielt auf die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich Kreativität, Innovation und Umgang mit Risiken geachtet wird. Gleichzeitig ist zu überlegen, inwiefern Aspekte des Projektmanagements berücksichtigt werden können.

Viertens soll sich der Senat in Berlin dafür einsetzen, dass bereits im Primarbereich die Aspekte Kreativität und Eigeninitiative stärker gefördert werden. So können Schülerinnen und Schüler „spielend“ unternehmerisches Denken und Handeln erlernen und beispielsweise bei Besuchen von Betrieben, Agenturen oder Redaktionen hautnah erleben.

Fünftens sind Schülerinnen und Schülern des Sekundarbereichs die Aspekte Selbständigkeit und Unternehmertum näher zu bringen und auf Chancen und Risiken einer solchen beruflichen Perspektive hinzuweisen. In diesem Zusammenhang soll der Senat bei der Gründung von Schülerfirmen unterstützend tätig werden, indem beispielsweise von der jeweils zuständigen Senatsverwaltung entsprechende Beratung zur Verfügung gestellt wird bzw. Informationstage abgehalten werden.

Der Senat soll sechstens dafür Sorge tragen, dass Schulen einmal pro Jahr Wirtschaftstage abhalten, bei denen sich Unternehmen als möglicher Ausbildungsplatz bzw. Arbeitgeber vorstellen können. Gleichzeitig können sich Schülerin-

nen und Schüler ein Bild von den Tätigkeitsschwerpunkten sowie den Organisations- und Produktionsabläufen von Unternehmen machen.

Abschließend soll der Senat unterstützend tätig werden, damit die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen intensiviert wird. Ziel solcher engen Verbindungen ist es, dass sich Schülerinnen und Schülern ein Bild von den Aufgaben, Tätigkeiten und Perspektiven in der freien Wirtschaft machen und sich bezüglich der späteren Berufswahl frühzeitig orientieren können.

Alle diese Maßnahmen sind in Abstimmung mit anderen Bundesländer und gegebenenfalls auch EU-Mitgliedstaaten umzusetzen, um die gemeinsame Zielsetzung der Lissabon-Strategie zu erreichen. In diesem Zusammenhang sind mögliche Ansätze zu überprüfen, inwiefern sich diese für eine Übertragung auf Berlin eignen.

Berlin, den 06. Januar 2009

Dr. Linder Dragowski Senftleben
und die Mitglieder der Fraktion der FDP